

Niederschrift  
der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 19.01.2016  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende 18:15 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

**Anwesend:**

**Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung**

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Herr Reinhard Kremser

Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen ab 17:05 Uhr

Herr Heino Fleischer

Frau Kerstin Friesenhahn ab 17:05 Uhr

Frau Anett Kindler

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Vertreter

Frau Kathrin Ruhnke

Vertretung für Herrn Harald Ihlo

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Herr Holger Albrecht

Herr Stephan Bogusch

SDAZUBI

Gäste

Herr Richard Kreutzberg

Frau Regina Günzel

Frau Gabriela Runge

Frau Kati Bischoff

Frau Manila Gleisberg

**Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 24.11.2015
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Grünphasen an Ampeln vor Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und Kindereinrichtungen  
Einreicher: Uwe Jungnickel  
Vorlage: AN 0097/2015
- 4.2 Informationen zum Stand der Flüchtlingsproblematik  
Integration, Unterbringung, Zuständigkeiten, Auswirkung auf die Arbeit der Stadtteilkoordinatoren
- 4.3 Migrations- und Integrationsbeauftragte/er - Sachstand der Stellenbesetzung
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen einstimmig bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Stimmenthaltungen 0 Gegenstimmen

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 24.11.2015**

Die Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 24.11.2015 wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

#### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

**zu 4.1 Grünphasen an Ampeln vor Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und Kindereinrichtungen**  
**Einreicher: Uwe Jungnickel**  
**Vorlage: AN 0097/2015**

Herr Bogusch informiert über Veränderungen zu einzelnen Ampelanlagen wie die Verlängerung der Grünphasen an der Brunnenau. Die Ampelanlage in der Karl-Marx-Straße wird basierend auf eine verringerte Bewegungsgeschwindigkeit von 1,2 m/s angepasst. Zur Ampel an der Kreuzung am Tribseer Damm – Deutsche Bank wird Ende des Monats eine schriftliche Beantwortung erfolgen. Herr Bogusch geht davon, dass wenig Spielraum für Änderungen vorhanden sein wird, weil viel Kfz-Verkehr in verschiedene Richtungen dort abgefertigt wird. Die Greifswalder Chaussee wird ebenfalls noch geprüft. Zusammenfassend ist zu sagen, dass alle bestehenden Anlagen den gesetzlichen Richtlinien entsprechen. Herr Bogusch bittet um Informationen, falls auch andere Ampelanlagen geprüft werden sollen.

Frau Kindler fügt hinzu, dass sie die schnelle Bearbeitung sehr lobenswert findet.

Frau Ehlert ergänzt, dass eine weitere und langfristige Beobachtung dieser Angelegenheit wünschenswert ist.

Frau Ehlert schlägt vor, der Bürgerschaft mitzuteilen, dass der Antrag mit der Beratung im Ausschuss als umgesetzt zu betrachten gilt. Die Ausschussmitglieder sind mit der Vorgangsweise einverstanden und der Präsident wird hierüber informiert.

**zu 4.2 Informationen zum Stand der Flüchtlingsproblematik**  
**Integration, Unterbringung, Zuständigkeiten, Auswirkung auf die Arbeit der Stadtteilkoordinatoren**

Gäste: Frau Bischoff, Frau Gleisberg – Landkreis Vorpommern-Rügen

Herr Albrecht informiert, dass die zugewiesenen Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH (SWG) untergebracht wurden. Die Aufgabe wurde von der Hansestadt Stralsund an den Landkreis abgegeben. Nach der Besetzung der neu geschaffenen Stelle wird der Schwerpunkt der Arbeit hier auf Integration liegen. Dazu zählen die Einbindung in Arbeit, das tägliche und kulturelle Leben sowie der Besuch einer Schule. Zum letzten Punkt wurde diesbezüglich in jeder Schule eine Klasse mit „Deutsch als Zweitsprache“ eingerichtet.

Frau Gleisberg gibt bekannt, dass sie seit dem 01.01.2016 Fachdienstleiterin für den Bereich Soziales im Landkreis ist, sodass sie damit ebenfalls den Bereich Asyl betreut.

Im Jahr 2015 wurden 3287 Asylbewerber im Landkreis Vorpommern-Rügen untergebracht, was einen Anteil von 17,5 % der Landeszuweisung darstellt. Die Aufteilung der Flüchtlinge erfolgte nach Zahl der Einwohner, sodass Stralsund den größten Teil im Landkreis erhalten hat. Dafür stellte Stralsund Objekte bereit, welche sich als Gemeinschaftsunterkünfte eignen. Seit 2013 findet zudem die dezentrale Unterbringung in einzelnen Wohnungen statt. Frau Gleisberg bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit der Hansestadt Stralsund.

Weitere Informationen über die Situation in Stralsund:

1. 3 Gemeinschaftsunterkünfte mit 407 Asylbewerbern zzgl. 126 Aufenthaltstitelträger auf Wohnungssuche in Stralsund oder Ballungszentren
2. Dezentral sind 494 Asylbewerber zzgl. 91 Menschen mit Aufenthaltstitel untergebracht

Für das Jahr 2016 werden im Land Mecklenburg-Vorpommern 22500 Flüchtlinge erwartet, was für den Landkreis 3274 ausmachen würde. Demzufolge bedeutet dies für Stralsund eine Aufnahmeproggnose von etwa 800 Flüchtlingen. Die SWG unterstützt den Landkreis bei der Wohnungssuche, indem sie für jeden Personenkreis Unterkünfte zur Verfügung stellt.

Zusammenfassend hat Stralsund die Aufnahmequote für 2015 erfüllt, was auch 2016 zu erwarten ist.

Auf die Fragen von Frau Ehlert antwortet Frau Gleisberg, dass Flüchtlinge, die keine Aussicht auf die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft haben, in den Erstaufnahmelagern bleiben sollen, um dann in sichere Herkunftsländer abgeschoben zu werden. Die Anerkennung dieser Eigenschaft erfolgt überwiegend bei den Syrern. Dann werden die Asylbewerber auf die dezentralen Wohnungen aufgeteilt, die zur Verfügung stehen. Mit Erhalt des Aufenthaltstitels geht der Anspruch auf soziale Betreuung des Landkreises, also Sozialamt, verloren. Die Zuständigkeit wechselt dann zu Jobcentern, Kirchen und freien Trägern. Die Betreuung der dezentralen Wohnungen wird nur durch freie Träger wie Malteser durchgeführt. Der Arbeiter-Samariter-Bund übernahm die Betreuung der Asylbewerber in Jugendherbergen.

Auf die Fragen von Frau Dr. Carstensen merkt Frau Gleisberg an, dass der Integrationsbeauftragte des Landkreises Vorpommern-Rügen die Asylbewerber betreut, welche noch keinen Aufenthaltstitel besitzen. Der Landkreis bedient sich hierfür der freien Träger. Der Landkreis beschäftigt ebenfalls einen Integrationslotsen, welcher organisatorisch dem Jobcenter zugewiesen ist.

Nach Erhalt des Aufenthaltstitels endet rein rechtlich die Zuständigkeit des Landkreises für den Flüchtling. Praktisch ist dies kaum umsetzbar, da beispielsweise eine Wohnung mit fünf Flüchtlingen, von denen zwei einen Aufenthaltstitel bekommen und drei noch nicht, durch den Betreuer der Malteser besucht wird und dieser selbstverständlich alle Bewohner unterstützt. Finanziell endet jedoch strikt die Zuständigkeit des Landkreises.

Für die dezentralen Unterkünfte ist ein Betreuungsschlüssel von 1 zu 7 installiert.

Frau Ehlert informiert sich, ob der Betreuungsschlüssel pro Kopf oder pro Familie ist. Frau Gleisberg ergänzt, dass dieser pro Kopf gilt.

Frau Kindler hinterfragt wie die Tendenz der in Stralsund verbleibenden und der von Stralsund wegziehenden Flüchtlinge nach Aufenthaltstitelerhalt sei.

Frau Gleisberg legt dar, dass der überwiegende Teil Stralsund verlassen will und vorwiegend nach Hamburg oder in südliche Bundesländer ziehen möchte.

Jedoch steht noch die Änderung des Aufenthaltsgesetzes aus, womit die Flüchtlinge dann in Stralsund bleiben müssen.

Frau Dr. Stahlberg erkundigt sich, wie es sich mit Übergriffen innerhalb der kulturellen Gegebenheiten in den Einrichtungen verhält.

Frau Gleisberg teilt mit, dass es in den Gemeinschaftsunterkünften Machtkämpfe gibt und diese meistens aufgrund von kulturellen Unterschieden verschiedener Herkunftsländer oder Religionen hervorgerufen werden. Dies waren keine Reibereien, die presserelevant und besorgniserregend waren. In den dezentralen Wohnungen finden solche Machtkämpfe ebenso statt. Bei solchen Vorkommnissen erfolgt dann eine sehr schnelle Reaktion des Landkreises.

Frau Dr. Carstensen informiert sich, ob der Landkreis Vorpommern-Rügen die Flüchtlinge vor Ort behalten möchte.

Frau Gleisberg äußert sich, dass die Flüchtlinge natürlich willkommen und die gut ausgebildeten nützlich für die Region sind. Viele haben dennoch den Wunsch von hier weg zu gehen. Die Jugendherbergen sollen bis 01.03.2016 frei gezogen werden, damit sie wieder für ihren ursprünglichen Zweck zur Verfügung stehen.

Der Landkreis entwickelt Ideen dahingehend, dass Wohngruppen angeboten werden sollen. Der Familiennachzug bereitet dann in Zukunft das nächste Problem.

Frau Bischoff ergänzt, dass ein Integrationsgipfel im Oktober 2015 stattfand.

Junge und qualifizierte Leute sollen gehalten werden, da sie für unsere Region aufgrund des demografischen Wandels und des daraus resultierenden Fachkräftemangels, insbesondere im Bereich Hotel und Gastronomie wichtig sind.

Um die hier ankommenden Fachkräfte zu halten, wurden fünf Arbeitsgruppen mit jeweils einem Spezialbereich gegründet.

Frau Quintana Schmidt erfragt, wie viele Flüchtlingskinder derzeit in Stralsund sind, wie viele in Kitas, Schulen usw. untergebracht sind und wie hoch der Anteil der Kinder ohne Eltern ist. Frau Gleisberg kann zu der Zahl der Kinder in Stralsund keine Information geben, wird dies aber nachreichen. Des Weiteren besteht für diese Kinder die Schulpflicht und ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, wobei beim letzteren die Eintragung in Wartelisten erfolgt und diese sich somit wie alle anderen Kinder einreihen müssen.

Auf die Fragen von Frau Ehlert teilt Frau Bischoff mit, dass beim 2. Integrationsgipfel in der zweiten Kalenderwoche dieses Jahres festgelegt wurde, dass eine Steuerungsgruppe, in welcher die Leiter der vorhandenen fünf Arbeitsgruppen tätig sind, zur Vernetzung und Besprechung erschaffen wird. Das Interesse an der Teilnahme am Integrationsgipfel war mit 53 Personen hoch, was einiges an Aufwand bedeutet. Somit findet der nächste Gipfel im Oktober 2016 statt. Währenddessen trifft sich die Steuerungsgruppe vierteljährlich.

Frau Gleisberg ergänzt zu Frau Ehlerts Frage, dass Erwachsene und Kinder alle benötigten Impfungen bekommen. Zur Kontrolle gehen Ärzte ebenfalls in die Einrichtungen und prüfen den Impfstatus.

Frau Bischoff fügt hinzu, dass Impfbereitschaft besteht und die Impfquote in Syrien hoch sei.

Herr Albrecht führt fort, dass der Integrationsbeauftragte auch für über 3000 Personen mit über 100 verschiedenen Nationalitäten in Stralsund zuständig ist, welche durch die Flüchtlingssituation nicht vergessen werden dürfen.

Darauf informiert Frau Bischoff, dass sie eher als Ansprechpartnerin für die Personen zur Verfügung steht, die mit den Flüchtlingen und Ausländern arbeiten. Ein großes Thema stellt das Ehrenamt dar, an dessen Koordination und Organisation im Landkreis gearbeitet wird. Stralsund hat mit dem Kreisdiakonischen Werk Stralsund e.V. bereits eine Koordinierungsstelle.

Frau Kindler informiert, dass durch eine Vielzahl von Einschreibungen in Studiengängen an der Stralsunder Fachhochschule wahrscheinlich viele Flüchtlinge vor Ort gehalten werden können.

Zurzeit gibt es 78 minderjährige Kinder ohne Eltern, wobei für die Zukunft mit 180 gerechnet wird.

Eine erneute Beratung und Sachstandslage findet im September dieses Jahres statt.

#### **zu 4.3 Migrations- und Integrationsbeauftragte/er - Sachstand der Stellenbesetzung**

Herr Albrecht legt dar, dass der Haushalt inklusive einer 40-Stunden-Stelle der Migrationsbeauftragten beschlossen wurde. Ein Stellenprofil und die Aufgabenbeschreibung liegen dem Oberbürgermeister vor und sind bereits abgestimmt.

Wenn der Haushalt im Innenministerium behandelt wird, soll eine vorfristige Freigabe erfolgen, um die Stelle zu besetzen.

#### **zu 5 Verschiedenes**

Herr Kremser erfragt den Sachstand der bereits angesprochenen Themen aus der Sitzung vom November des letzten Jahres.

Herr Bogusch erörtert daraufhin, dass der Bereich am Lindenrondell mit einem Spezialbelag versehen wurde um besonderen Belastungen Stand zu halten. Dieser muss einen gewissen Trockengrad für die Freigabe erreichen. Aufgrund von viel Regen im Herbst des letzten Jahres und derzeitigem Frost kann dies nicht erreicht werden, sodass der Bereich noch gesperrt ist. Im Frühjahr wird mit der Freigabe gerechnet.

Herr Bogusch wird in der nächsten Sitzung Informationen zu den Themen

1. Fahrradweg Kreuzung Heinrich-Heine-Ring - Prohner Straße Richtung Berufsförderungswerk
2. Dunkelheit auf dem Weg von der Sporthalle bei der Diesterweg-Schule bis Majakowskistraße

geben.

Auf eine weitere Anfrage von Herrn Kremser legt Herr Bogusch dar, dass nur ein Mitarbeiter der Verwaltung Stralsunds für die Kontrolle der Einhaltung der Reinigungspflicht der Anlieger - Winterdienst - zuständig ist. Der Mitarbeiter versucht vor Ort Kontakt aufzunehmen und fordert zur sofortigen Beseitigung der Unfallquelle auf. Selten kommt es vor, dass eine Ersatzvornahme auf Kosten des Anliegers vorgenommen wird.

Frau Kindler fügt hinzu, dass neben der Sarnowstraße auch die Fläche vor dem Schilldenkmal sehr glatt war. Zudem hinterfragt Frau Kindler, wie es sich mit den Radwegen bei Schnee und Glätte verhält.

Herr Bogusch erläutert, dass nach seinem Kenntnisstand die Anlieger auch hier die Pflicht der Räumung haben. Wenn der Radweg nicht geräumt ist, dann darf auch auf der Straße gefahren werden.

Für den Arbeitsplan 2016 sind Änderungen und Ergänzungen vorgenommen worden. Der aktualisierte Arbeitsplan wird mit den Unterlagen der nächsten Ausschusssitzung ausgegeben.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

#### **zu 9        Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Sabine Ehlert  
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt  
Protokollführung